

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9/2020

September 2020

Solidarität mit den Protesten gegen Reaktion und Polizeigewalt in Israel!

Seit Anfang Juli demonstrieren in Israel in vielen Städten täglich insgesamt mehrere tausend Menschen. Das Zentrum der Proteste ist Jerusalem. Dort protestieren jedes Wochenende ca. 10.000, überwiegend sehr junge Menschen gegen Reaktion und die brutale Polizeigewalt gegen die Demonstrierenden. Die Proteste sind spontan entstanden und es nehmen an ihnen Menschen aus allen Gesellschaftsschichten Israels teil, darunter auch viele äthiopische Jüdinnen und Juden, Araberinnen und Araber.

Forderungen der Demonstrierenden

Die Proteste richten sich gegen die Einschränkung und Außerkraftsetzung demokratischer Rechte durch die reaktionäre israelische Regierung unter dem Vorwand von Corona. Unter der reaktionären Regierung unter Netanjahu wurde ein sogenanntes Corona-Gesetz erlassen. Dieses Gesetz räumt der Regierung weitgehende Befugnisse ein und erlaubt z.B. für 28 Tage den Ausnahmezustand auszurufen und zwar ohne Zustimmung des Parlaments. Das Gesetz war erst vorläufig am 7. Juli in Kraft getreten und endgültig am 10. August 2020. Es ist nun bis zum 30.6.2021 gültig.

Die reaktionäre israelische Regierung beschloß erneut eine landesweite Ausgangssperre, die am 18.9.2020 in Kraft treten soll. Alle Einwohnerinnen und Einwohner dürfen sich nur noch in einem Radius von 500 Meter rund um ihren Wohnort frei bewegen, dürfen aber weiterhin z.B. zur Arbeit fahren. Versammlungen in Innenräumen werden auf zehn Personen beschränkt. Drau-

ßen dürfen sich maximal zwanzig Personen versammeln. Diese Ausgangssperre dient auch dazu, die aktuellen Proteste zu zerschlagen.

Die Regierung hat neben der Verhängung des Ausnahmezustands weitgehende Maßnahmen zur „Coronabekämpfung“ erlassen. Das Parlament hatte nur die Möglichkeit, sie nachträglich aufzuheben. Unter dem Druck der täglich stattfindenden Demonstrationen wurde

dieser Passus im Gesetz nun abgemildert. Außerdem haben die massenhaften Proteste erreicht, dass ein Demonstrationsverbot in dem Gesetz nicht durchgesetzt werden konnte. Bereits zu Beginn der Krise begann der Geheimdienst in Israel Bewegungsdaten wie Mobiltelefon-Verbindungen und Kreditkarten zu überwachen.

Die Proteste richten sich außerdem gegen die zunehmende Verarmung weiter Teile der Bevölkerung in Israel. Viele haben ihre Arbeit verloren. Viele haben inzwischen nicht mehr genug finanzielle Mittel, sich ausreichend Lebensmittel zu kaufen. Seit März/April 2020 sind eine Millionen Menschen erwerbslos geworden. Erwerbslosengeld gibt es nur für die Dauer von sechs Monaten. Die Erwerbslosigkeit ist extrem angestiegen und liegt aktuell bei 21 Prozent.

Die Proteste richten sich inzwischen außerdem gegen die brutale Polizeigewalt, die gegen die Demonstrierenden eingesetzt wird, und teilweise auch gegen die Besatzungspolitik in palästinensischen Gebieten. Es kommt tagtäglich zu brutalen Übergriffen der Polizei auf die Demonstrierenden.

Ein weiterer Punkt sind Rücktrittsforderungen gegenüber Netanjahu. Gegen ihn laufen drei Strafverfahren wegen Korruption.

Mehrere Tausend demonstrieren Woche für Woche auch militant! Polizei und reaktionäre Schlägerbanden gehen mit brutaler Gewalt gegen die Protestierenden vor!

Immer wieder besetzen die Demonstrierenden Brücken und Straßenkreuzungen und errichten Blockaden. Müll-



Protestversammlung gegen reaktionäre Entwicklung in Israel, Juli 2020

tonnen brennen, Scheiben von Banken gehen zu Bruch und der öffentliche Nahverkehr wird lahmgelegt. Es wurde spontan die sogenannte „Black Flag Bewegung“ gegründet, die sich in erster Linie gegen die Aushöhlung der demokratischen Rechte und die Korruption in der Regierung richtet. Wegen einer Corona-Ausgangssperre war das Demonstrieren und Rufen von Parolen zeitweise verboten worden. Die Demonstrierenden haben deshalb einen Autokonvoi gebildet, schwarze Fahnen hoch gehalten und ein Hubkonzert veranstaltet. Das war der Beginn der „Black-Flag-Bewegung“.

Trotz des Terrors durch Polizei und reaktionäre Schlägertrupps protestieren Wochenende für Wochenende ca. 10.000 vor dem Wohnsitz Netanjahus in Jerusalem.

So zogen z.B. am 18.07.2020 Demonstrierende vom Wohnsitz Netanjahus ins Zentrum Jerusalems. Aufgehetzte reaktionäre Netanjahu-Anhänger hatten schon bei den Demonstrationen in der vorherigen Woche fünf Demonstrierende verletzt. Die Polizei griff die Demonstration brutal mit Wasserwerfern an und ließ Antiaufstandseinheiten gegen die Protestierenden aufmarschieren. Die Demonstrierenden weigerten sich, das Stadtzentrum zu räumen und riefen Parolen. Die Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstrierenden dauerte bis weit nach Mitternacht an.

In Tel Aviv war die Demonstration verboten worden. Nur eine Kundgebung in einem Park war erlaubt. Dennoch zogen die Demonstrierenden in die Innenstadt.

Am 21.8.2020 protestierten mehr als 10.000 Menschen auf dem Rabinplatz in Tel Aviv gegen die Finanzpolitik der Regierung. SozialarbeiterInnen streiken bereits seit zwei Wochen für eine bessere Bezahlung. Krankenpflegerinnen und -pfleger drohen, sich dem Streik anzuschließen.

Aus Protest gegen das sogenannte Corona-Gesetz ketten sich Demonstrierende vor dem Parlament an.

Die Polizei setzt regelmäßig Tränengas und Wasserwerfer gegen Demonstrierende ein und nimmt Verhaftungen vor. Bei den Verhaftungen wendet die Polizei einen Würgegriff an.

Ende Juli schlossen sich Frauen zusammen und bildeten nach dem Vorbild der „Black-Lives-Matter“-Proteste in den USA einen „Wall of Moms“. Sie stellen sich als Puffer zwischen die überwiegend jungen Demonstrierenden und die Wasserwerfer der Polizei vor dem Wohnhaus von Netanjahu in Jerusalem. Sie mischen sich bei Verhaftungen von Demonstrierenden ein. Ihre WhatsApp-Gruppe hatte in kürzester Zeit 1.000 Mitglieder. In Israel gibt es bereits eine Tradition für sogenannte „Mütterproteste“. In der Antikriegsprotestbewegung gründeten vier Frauen 1997 eine Bewegung mit dem Ziel, dass Israel sich aus dem südlichen Libanon zurückzieht. Sie unterstützten in erster Linie junge Soldaten und Soldatinnen der israelischen Armee, die gegen Maßnahmen der Armee und der Regierung protestierten. Es gibt außerdem die Bewegung „Mothers on Guard“, gegründet von einer äthiopischen Aktivistin, die sich gegen rassistische Übergriffe der israelischen Polizei gegen Menschen mit „nicht-weißer“ Hautfarbe richtet.

Neben der Polizeigewalt sind die Protestierenden der brutalen Gewalt von reaktionären Schlägerbanden ausgesetzt, die als verlängerter Arm der Polizei fungieren. Eine Demonstrantin bezeichnete die Banden als Söldner der Polizei. Sie verfolgen die Protestierenden nach Ende der Demonstrationen und greifen sie mit Baseballschlägern, abgebrochenen Glasflaschen und Tränengas an. Teilweise tarnen sich die Schläger als Protestierende mit schwarzen Flaggen und setzen diese dann als Waffen gegen die fortschrittlichen Kräfte ein. Die Polizei weigerte sich einzugreifen, und den Schlägern gelang es, mehrere Male unerkannt zu entkommen. Diese reaktionären Schlägertrupps verfolgen die Demonstrierenden üblicherweise in den Abendstunden und in der Nacht. Sie machen Jagd auf Menschen, die in ihren Augen wie Linke aussehen. Einen 50-jährigen Mann schlugen sie nieder, weil sie dachten, er hätte eine Palästinenserfahne bei sich. Einen anderen Demonstrierenden haben sie mit einem Messer niedergestochen. Hieran ist maßgeblich die Gruppe „La Familia“ des Jerusalemer Fußballclubs Beitar Jerusalem beteiligt. Diese Gruppe ist bekannt für rassistische Anschlä-

GDS-Flugblatt vom Mai 2018:

Über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Judenfeindschaft unter dem Deckmantel einer sogenannten „Israelkritik“

Es ist überdeutlich, dass jegliche Verteidigung von Kräften wie der Hamas nichts, aber auch gar nichts mit demokratischer, revolutionärer oder gar kommunistischer Politik zu tun hat. Es geht um eine Geschichte, die schon mit dem Vernichtungskrieg reaktionärer arabischer Staaten 1948 gegen den nach der Shoah gegründeten Staat Israel anfang.

Das Flugblatt kann bestellt werden bei:
Literaturvertrieb Georgi Dimitroff
Postfach 102051, D-63020 Offenbach
a.M., info@litvertriebdimitroff.de

ge und Waffenbesitz. Einige ihrer Anhänger hatten bereits Anklagen wegen verübter Morde. Es gab mindestens eine Verurteilung. Nach der Verurteilung eines Mitglieds wegen der Ermordung eines bereits entwaffneten palästinensischen Attentäters bedrohte die Gruppe den zuständigen Richter. In der Stadt Rehovot fuhren Reaktionäre mit einem Auto in die Demonstration, warfen Flaschen und bedrohten Demonstrierende.

In den sozialen Medien rufen Netanjahu-Anhänger, darunter auch der Sohn von Netanjahu auf, Jagd auf die Protestierenden zu machen. Dies wird von der Weisung des Ministers für öffentliche Sicherheit flankiert, der die Polizei auffordert, die Demonstrationen zu unterbinden und aggressiv gegen die Demonstrierenden vorzugehen.

Solidarität mit den gerechten Kämpfen in Israel!

Die massenhaften Proteste in Israel finden kaum Beachtung in der sich als links verstehenden Presse in Deutschland.

Proletarischer Internationalismus bedeutet, die gerechten Kämpfe der fortschrittlichen Kräfte in Israel zu unterstützen!

(Alle Informationen aus Haaretz.com und labournet.de)

Stand: 15.9.2020